



HESSISCHER LANDTAG

19. 06. 2024

ASA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung für Hessen

Das Kita-Qualitätsgesetz sieht die Anhebung des Fachkraft-Kind-Schlüssels vor und wurde im Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch festgeschrieben. So ist die Anhebung des zusätzlichen personellen Bedarfs zum Ausgleich von Ausfallzeiten von 15 Prozent auf 22 Prozent und zusätzlich die Vorhaltung von 20 Prozent des Mindestpersonalbedarfs für Leitungstätigkeiten bis zum 31. Juli 2024 vorgeschrieben (§ 25c HKJBG in Verbindung mit § 57 HKJGB). Die Frist zur Erfüllung der Vorgaben wurde in der Vergangenheit aufgrund der Corona-Pandemie bereits verlängert. Nun ist beabsichtigt, die Frist mit einem Dringlichen Gesetzentwurf um weitere zwei Jahre, also bis zum 31. Juli 2026, zu verlängern.

Die Landesregierung wird ersucht, im Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuss (ASA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie weit sind die hessischen Kitas bei dem Vorhaben, den Ausgleich für die Ausfallzeiten auf 22 Prozent zu erhöhen?
2. Wie hoch ist der zusätzliche personelle Bedarf bei den hessischen Kitas derzeit im Durchschnitt?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit die hessischen Kitas den zusätzlichen personellen Bedarf bis Juli 2026 auch tatsächlich umsetzen können?
4. Während im Koalitionsvertrag von SPD und CDU noch klar formuliert wurde, man wolle die Schulgeldfreiheit in allen sozialen Ausbildungsberufen gewährleisten, kündigte Kultusminister Schwarz in der Fragestunde am 18. Juni 2024 eine umfangreiche Prüfung des Sachverhaltes an und sagte, man habe fünf Jahre Zeit zur Umsetzung. Warum übernimmt das Land die Schulgelder für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten nicht bereits ab dem Schuljahr 2024/2025, um so zeitnah dringend benötigtes zusätzliches Personal für die hessischen Kitas zu generieren?
5. Warum ist ein Verfahren analog zum Vorgehen bei der Übernahme der Schulgelder für die Ausbildung in Gesundheitsberufen nicht möglich?
6. Welche Rückmeldungen der Kommunen liegen der Landesregierung vor, die dafür sprechen, dass die hessischen Kitas die Vorgaben bis Juli 2026 erfüllen können?
7. Die Landesregierung hat angekündigt, die praxisintegrierte, vergütete Ausbildung mit 1.000 Plätzen im Jahr 2024 weiterzuführen. Wird diese Ausweitung ganz oder in Teilen aus den 200 Mio. Euro Bundesmitteln finanziert, die laut EP 08 06 51 für frühkindliche Bildung Erziehung und Betreuung an Hessen gehen?
 - a) Wenn nein: Wie ist die Finanzierung über mindestens die nächsten drei Jahre geplant?
8. Welche Projekte werden außerdem in welcher Höhe mit den Bundesmitteln finanziert?
9. Will die Landesregierung – falls die Zahlungen des Bundes 2025 auslaufen sollten – einspringen und die Maßnahmen aus Landesmitteln finanzieren?
10. Wie viele PivA-Plätze sollen in den Jahren 2025 bis 2029 jeweils aus originären Landes-, bzw. Bundesmitteln finanziert werden?

Wiesbaden, 19. Juni 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke